

Bezugspreis
für alle Vierteljahre bei postweislicher
Anmeldung 2.20 M., durch die Post
zu 2.25 M., einschließlich Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Am antiken Bezugs-Vergleichs-
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unterlagte eingehende Kammliste
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Zeitung“ gestattet.
Verantwortlicher: Redaktions-Bf. 1140;
Dr. v. H. v. W. v. 1135;
Kunigunde-Verlagsanstalt, Große Ulrichs-
straße 68, I.; Leipzig, Br. 590 u. 591.

Saale-Zeitung.

Zweihundertvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzahl oder deren
Raum mit 20 Blg., welche alle Blätter
20 Bl. betragen und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichsstraße 68, I. sowie von
unsern Annahmestellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Kleinere die Seite 75 Bl.
Erbenamt ökonomisch postamt,
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.
Redaktion und Druck: Geschäfts-
stelle: Gr. Ulrichsstraße 68, I.;
Kunigunde-Verlagsanstalt, Gr. Ulrichs-
straße 68, I.; Leipzig, Br. 590 u. 591.

Nr. 128.

Halle a. S., Montag, den 16. März

1908.

Dernburgs Pläne.

Am Dienstag beginnt im Reichstag die Beratung des Kolonialrats. Die Budgetkommission hat in diesem Jahr den Kolonialrat besonders eingehend geprüft und auch verschiedene Absichtsköpfe namentlich beim Etat für Südwestafrika beschlossen. Staatssekretär Dernburg hat in der Kommission auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen in Afrika ein kolonialpolitisches Programm entwickelt, das die Billigung der Parteien gefunden hat. Freilich sind gerade die Parteien, die bisher mit besonderem Eifer für alle kolonialen Projekte sich ins Zeug gelegt haben von den neuen Plänen nicht sonderlich begeistert, wenn sie auch nicht direkt in Opposition getreten sind. Dagegen haben die Freikämmler ihre ausdrückliche Billigung des Programms ausgesprochen können. Staatssekretär Dernburg will die wirtschaftliche Erschließung der Kolonien unter Verminderung der Aufwendungen des Reiches und eine verstärkte Eingeborenenspolitik, die den wertvollsten Faktor der Kolonialpolitik, die Neger, zur Ausbeutung und ungerechter Behandlung schütze und sie zur Mitarbeit am wirtschaftlichen Ausbau der Schutzgebiete heranzieht soll. In der Budgetkommission hat Staatssekretär Dernburg in einer mehrstündigen Rede seine Anschauungen entwickelt, die er wird ebenfalls im Plenum diese Darlegungen wiederholen. Er steht zur Zeit im Kampf mit einem Teil der Pfälzer in den Kolonien, die eine Schwächung ihrer Interessen befürchten und sich in beständigen Angriffen gegen die jüdische Politik gefangen. Die Forderungen der Pfälzer, die auch in einer Petition an den Reichstag zum Ausdruck kommen, sind hauptsächlich selbstständig, so daß die Budgetkommission mit großer Mehrheit beschlossen hat, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Mit der Beratung des Etats der Schutzgebiete wird die erste Lesung des loeben eingegangenen Nachtragssets für die Kolonien verbunden. Staatssekretär Dernburg legt dem Reichstag fünf Bahnprojekte vor. In Ostafrika soll die im Norden der Kolonie befindliche Namakaraabahn um 45 Kilometer in der Richtung auf den Klimbushafens bis zum Kongoniffus verlängert und außerdem die Bahn Dar-es-Salaam-Morogoro, die das erste Stück einer Zentralbahn bildet, um 700 Kilometer bis Tabora fortgeführt werden. In Kamerun plant man eine von Qualla ausgehende Südbahn bis zum Kongoniffus in Länge von 350 Kilometern, in Logo eine Bahn von Loge nach dem Innern bis Atakpane in Länge von 190 Kilometern. Endlich wird für Südwestafrika eine Zweiglinie der Lüderichsbahn zum Seeheim nach Kalkfontein in der Richtung auf Namibia, ebenfalls in der Länge von 190 Kilometern, vorgeschlagen, um den Süden der Kolonie zu erschließen. Die Kosten für diese Bauten werden auf rund 150 Millionen Mark angenommen, doch soll das Reich nicht direkt belastet werden. Für die Bahn in Südwestafrika sollen die Mittel, ebenso wie es bei der Strecke Lüderichsbahn-Reetmanshoop der Fall ist, durch ein Darlehen beschafter werden, das das Reich dem Schutzgebiete gewährt. Die übrigen Bahnen sollen aus den Erträgen einer besonderen Kolonialanleihe gebaut werden, für die die beteiligten Schutzgebiete als Gelamtschuldner haften, während das Reich als Bürge hinzutritt — das letztere angeblich, um einen angemessenen Zinssatz und Kurs zu erzeugen.

In der etwas knappen Begründung der Vorlage wird darauf verwiesen, daß die bisher in Afrika gebauten Bahnen sich nach einer bereits vom Jahre der Eröffnung an oder doch innerhalb kurzer Frist nach der Eröffnung die Kosten des Betriebes einschließlicher die Unterhaltung aus den eigenen Einnahmen zu decken vermochten und daß ein Teil der Betriebe schon von vornherein auch eine Rente erzielte. Die nähere Begründung dieser optimistischen Behauptung ist abzuwarten. Herr Dernburg wird das Risiko des Reiches auf das geringste Maß beschränken — ein löblicher Voratz, wenn er durchgeführt wird! Die neue Bahnvorlage bedarf genauerer Prüfung; manche Einzelheiten der Vorhänge befinden die kaufmännische Schulung und das rechnerische Geschick des Staatssekretärs, aber die Hoffnungen, die er auf die wirtschaftliche Rentabilität der vorgeschlagenen Bahnen setzt, verraten viel Optimismus, der nach der Sachlage nicht berechtigt erscheint.

Jedenfalls wird die Beratung des Kolonialrats diesmal viel Bemerkenswertes bringen; vielleicht wird sie, wie in der Budgetkommission ausgesprochen wurde, einen Wendepunkt in der deutschen Kolonialpolitik bedeuten.

Deutsches Reich.

Der Kaiser über Österreichs Balkanpolitik.

Der römische „Mattino“ veröffentlicht eine Unterredung, die der italienische Senator Herzog Andria im Jahre 1903 mit Kaiser Wilhelm gehabt haben will, als dieser damals die Balkanpolitik betrachtete. Obwohl der Kaiser damals den Herzog ausdrücklich auf die Veröffentlichung des Gesprächs ermächtigte, hat doch der Herzog aus politischen Gründen von dieser Erlaubnis keinen Gebrauch gemacht.

Der erste Teil des Gesprächs bezieht sich auf die französische Marokko-Politik und befaßt, doch sei es zwecklos, heute auf die Worte, mit denen der Kaiser damals jene

Fragen berührte, zurückzukommen. Der zweite Teil der Unterredung betraf Italiens Stellung zum Dreibund, und hier legte Kaiser Wilhelm dem Senator große Sympathie und Freundschaft für Italien an den Tag. Durch des Kaisers Lebenswürdigkeit und Offenheit ermutigt, begann nun der Herzog folgendes auseinanderzusetzen: „Wenn der Dreibund in Italien heute nicht mehr so populär wie früher ist, so liegt dies weniger an der Haltung an Deutschland gegenüber Italien als vielmehr an der Politik Österreichs im Adriatischen Meere und auf dem Balkan.“ Der Herzog habe seine Ausführungen mit den Worten geschlossen:

„Majestät, helfen Sie meinem Land kein Recht schenken, und alle Italiener werden Sie und das mächtige Deutschland segnen!“ Der Kaiser, so erzählt der Herzog weiter, schaute mich an und schlug mit mir die Hand auf die Schulter: „Seien Sie überzeugt, Österreich hat keine Absichten auf Albanien!“ Respektvoll erwiderte ich, die Worte des Kaisers seien für ein italienisches Herz zwar sehr tröstlich, allein in der italienischen Kammer und in der öffentlichen Meinung sei leider einmal die Ansicht verbreitet, daß Österreich Italien bedrohe; und in konstitutionellen Ländern habe bekanntlich diese öffentliche Meinung einen großen Einfluß. Daraufhin bemerkte der Kaiser mir:

„Ich autorisiere Sie, Ihren Kollegen im Parlament und Ihren Freunden in der Presse zu sagen, der deutsche Kaiser habe Ihnen versichert, daß Österreich keine Absichten auf Albanien hat.“ Damit endigte die Unterhaltung. Als der Herzog sich zum Abschied entfernte, hielt ihn der Kaiser noch zurück und wiederholte: „Haben Sie gut verstanden? Ich ermächtige Sie, diese Unterredung zu veröffentlichen!“

Was an diesen Äußerungen Wahres ist, wer will's feststellen.

Rom, 16. März. Die „Vita“ schreibt zu der Unterredung, die Kaiser Wilhelm im Jahre 1903 mit dem Senator Herzog Andria über die österreichische Balkanpolitik hatte und deren Inhalt jetzt dem „Mattino“ veröffentlicht worden ist: „Es ist die Frage, ob der Kaiser auch nach der Konferenz von Agincourt noch so freundlich gegen Italien gestimmt war. Dies ist das wahre Problem der italienischen Außenpolitik in der gegenwärtigen Periode. Es gilt, unser Verhältnis zu Berlin aufzuklären, und wir wünschen daher, daß es in der nächsten Zeit einem anderen italienischen Politiker gleich dem Senator Andria gelingen möge, dem Kaiser zu einer klaren Äußerung hierüber zu veranlassen.“ Die „Vita“ erhofft eine solche Klärung von der Begegnung in Benedig.

Allgemeine Mitteilungen.

Die Reichstagskommission für das Vereinsgesetz wird der „Völk. Ztg.“ zufolge am Mittwoch ihre Verhandlungen wieder aufnehmen.

Der Vorstand der nationalliberalen Partei des Westfalens Eiegenitz beschloß, das Vornamen mit der freikämmligen Volkspartei für die Landtagswahlen zu erneuern.

Der meiarische Landtag beschloß mit großer Majorität, die Regierung zu ersuchen, beim Bundesrat nachdrücklich dahin zu wirken, daß den Mehrausgaben des Reiches entsprechende Maßnahmen ohne Erhöhung der Marktzirkulation vorgeschlagen werden. Hierauf verzagte sich der Landtag auf unbestimmte Zeit.

Des Rektorsgericht in München verurteilte den Finanzrat Schmitt, der seinem Sergeanten vor verlassener Kammerfahrt mit dem parlamentarischen Einfluß seines Vaters, des sozialdemokratischen Parteisekretärs, dem Landtagsabgeordneten, gedroht hatte, wegen Verletzung der drei Wachen strengem Arrest.

Die Kölner Handelshochschule veranstaltet in den Tagen der Herferien eine größere Studienreise nach den deutschen Kolonien in Ostafrika.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung des Berichts aus der Sonntag-Nummer.)

Minister Breitenbach: Die Wähne sind durchaus ausreichend.

Abg. Reemer (Nep.) bringt Geshaltswähler der Eisenbahnbeamten vor, insbesondere der Lokomotivführer. Alle diese Betriebsbeamten der Eisenbahnen länder verhältnismäßig schlechter da als die Arbeiter, deren Lage werde von den Sozialdemokraten viel zu schwarz gemalt. Wir müssen uns jedenfalls einen pflichttreuen Unter- und Subalternbeamten erhalten, damit die Staatsmaschine in Ordnung bleibt.

Abg. Heffner (Ztr. Vag.): Die Lasten sind jedenfalls sehr, daß viele Arbeiter, auch in Eisenbahnbetrieben, die ich zu früheren Ähne erhalten, zum Teil sogar unter den arbeitsfähigen Schritten. Dem Vorredner möchte ich darin bei, daß die Lebensverhältnisse der Sozialdemokraten der Sache nur schaden. Aber wenn der Herr Staatsminister meint, die Löhne der Eisenbahnarbeiter dürften nicht so hoch werden mit Rücksicht auf die Lohnverhältnisse in der Landwirtschaft und der Industrie, so muß doch gegen eine solche Praxis Ermahnung eingelegt werden. Redner erwidert dann eine wohlwollende Erklärung des Staatsministers namentlich für die Betriebssekretäre und protestiert ferner dagegen, daß in das Verhalten der Beamten zu Abgeordneten irgendeine eingegriffen werde. Gerade weil den Beamten unter keinen Umständen das Recht des Streiks eingeräumt werden dürfe, müßten die Beamten für ein Abgeordnete werden dürfen. Das sei das einzige Sicherheitsmittel für die Beamten, ein Ventil, das keinesfalls verstopft werden dürfe. In Bezug beispielsweise auf Ausübung ihres Verammlungsrechts sollten sich die Beamten unter einem modernen Druck geradezu zwingen lassen — darin habe Minister-Weininger recht — wenn man den Schand an Jugendliteratur, der jetzt in den Fächern-Veröffentlichungen zur Auslage komme. Wo ist so etwas möglich unter den Augen der Staats-eisenbahnerverwaltung?!

Abg. Henz (Ztr. Vag.) beschwert sich über einen Mangel an Förderung seitens der Reichseisenbahnverwaltung gelegentlich eines stark besuchten Kongresses in Meck im Nordsee. Redner schlägt mit einigen Bahnwärtern, Ledrington sei in dieser Hinsicht bisher Unbefriedigt.

Eisenbahnminister Breitenbach erklärt, die Meldebestimmungenverwaltung werde auch den Verkehrsbedürfnissen Ledringtons stets ihr Interesse zuwenden und bestreite, daß in Meck gelegentlich des Kongresses etwas verabsäumt ist. Ein Verbot für die Beamten, mit Abgeordneten Beziehungen zu unterhalten, sei nicht ergangen. Unrichtig ist ferner, daß die preussische und mit ihr die Reichseisenbahnverwaltung sich in die Hände des Syndikats begeben habe, wie der Abg. Werner behauptet habe.

Abg. Heuermann (Lüb. Vp.): Der Staatssekretär hat, wenn auch ohne Angabe einer bestimmten Erklärung, doch erkennen lassen, daß ihm die Fahrkartensteuer als ein Mährchen erscheine. Aber es scheint, er will diese Steuer nur „reformieren“. In der Fahrkartensteuer ist aber überhaupt nichts zu reformieren. (Sehr richtig!) Sie muß ganz fallen! Der Erhöhung von Höhenlohn-Entgeltungen hat gewirkt, die preussische Eisenbahnverwaltung möge sich Sympathien erwerben! Ich erwarte hieraus, daß auch nach Ansicht des Erhebigen die preussische Eisenbahnverwaltung es bisher noch nicht verstanden hat, sich Sympathien zu erwerben. Redner verurteilt jedoch die eisenbahnrechtliche Prevalenz. Die Begriffe „staatsfremdlich und unfruchtlich“ würden jedenfalls von der wirttembergischen und bayerischen Eisenbahnverwaltung viel freier ausgeteilt. Im Freuen herrsche in dieser Beziehung ein engherziger Geist, der zu Ungerechtigkeiten, zu Verböten aus den Zeitungen führe, die sich einmal in einer Nummer als der Regierung unbenachteiligt erweisen. Redner pflichtet schließlich noch dem Abg. Heffner darin bei, daß das Eisenbahn-beamten, wie überhaupt den Beamten, da sie im öffentlichen Dienste stehen, ein Streikrecht nicht zugebilligt werden könne.

Abg. Woehle (Soz.) beschwert sich über mangelhafte Lohn- und auch sonst nicht einwandfreie Arbeitsverhältnisse bei der Straßenbahnen und anderen städtischen Eisenbahnbetriebsverhältnissen. Mit dem ganzen herrischen System werden Sie, Herr Minister, die Arbeiter, die Sie am Streik verbieten wollen, gerade in den Streik hinein. Sie und die hinterlistigen Parteien versuchen, daß der Arbeiter ein Eingeständnis hat. In alten anderen Ländern wäre ein Minister, der eine solche Rede gehalten hätte, unmöglich.

Minister Breitenbach: Die Rede des Vorredners entzieht eine ganze Reihe von Drogen. Der noch im Zweifel war über die Stellung, die ich gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterschaft einnehmen müßte, der wird durch diese Rede des Abg. Woehle dieser Zweifel überhoben sein. Ich werde mich von den Sozialdemokraten nicht ungenutzt lassen. (Zurufe der Sozialdemokraten: Das sollen Sie nicht, von keiner Partei!) Ich kann diesen Gegenstand verlassen. Ueber die Fahrkartensteuer sprach ich schon, auch bereits in der Kommission. Wenn man aber mich dahin verstanden haben will, daß bei der Reform der Steuer die dritte und vierte Klasse besonders betroffen werden sollen, Herr Minister, wie ich hoffen will nicht bemerke — Entschuldigung. Es sind die Sozialdemokraten werden wir uns nicht abhalten lassen, die berechtigten Wünsche der Arbeiter zu erfüllen.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Den organisierten Unternehmern, beispielsweise dem Kohlenprodukt, machen Sie alle eisenbahnrechtlichen Kommissionen. Den Arbeitern dagegen bestreiten Sie das Recht, sich zu organisieren und zu streiken, damit Sie die Löhne drücken können.

Hierauf wird die Resolution VII angenommen und der Etat der Reichseisenbahnen genehmigt.

Es folgt der Etat des allgemeinen Pensionsfonds.

Die Kommission beauftragt hierzu eine Resolution betreffend a) Anordnung eines Teils der Militärrenten auf das Besoldungsdiensalt, b) wesentliche Einschränkung der ditionären Besoldung der Militärrenten; c) betreffend Zahlung der „Pensionskassen“ an ehemalige Militärrenten; d) betreffend Einziehung der Grundstücke für Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst mit Militärrenten.

Abg. Berger (Ztr.): Ich bebaue, daß ich noch nach nebenstehender Sitzung meine Ausführungen zum Pensionsfonds machen muß. Die jährliche Pensionsausgabe beträgt schon jetzt 180 Millionen (Sört, hört!) und die Besoldungsgehörbenen perfekt sind, eine viertel Milliarde überschreiten. Im Schuldenmachen und in den Pensionen ist das junge Deutsche Reich groß. Die Militär- und Politische Korrespondenz teilte kürzlich mit, daß 80 Generale in kurzer Zeit verabschiedet würden. Das dürfte stimmen. Redner bringt jedoch die Fälle Umar und Höbenau zur Sprache. Ich befehle mich lediglich mit der Pensionierung selbst und erhebe schiere Vorwürfe — nicht gegen das Rentensystem, sondern gegen die Verfassung und der Kommandogewalt. Ich ist in diesen Fragen aus dem Abrechnungshaus, trägt aber doch in diesen Fragen über die Verantwortung. (Sört, hört!)

Als früherer Berichterstatter des Militärrentengesetzes hatte ich das Gehör genau zu kennen. Ich behaupte, die Pensionierung des Grafen Umar ist eine frasse Verletzung der §§ 1 und 4. Ich fragte: Wo ist die Erklärung der zuständigen Vorgesetzten über seine Dienstunfähigkeit? Welches sind die Gründe seiner Verabschiedung? Wie konnte nach pflichtmäßigem Ermaßen der vorgelegte Offizier bis zur Verabschiedung vorkommen, wenn nachher auf schiedlichen Weg ein Uniform erkannt wurde? Wir erkennen die Notwendigkeit einer Verjüngung des Offizierskorps an im Interesse der Schlagfertigkeit der Arme. Eine solche Verabschiedung, wie im Falle Umar, haben wir aber für unmöglich gehalten. Sie ist eine schwere Verletzung des Gesetzes. Dieses fehlt ebenso noch alle Befugnisse der Kommandogewalt. (Seufzer.)

Bei der Beratung des Pensionsgesetzes wurde mit Zustimmung der Militärrentenverwaltung betont, daß selbst Offizier, nicht lediglich Subaltern, zu Disposition gestellt werden dürfen, um ihnen den begründeten Pensionsanspruch zu entziehen. Damit ist aber auch gesagt, daß die Militärrentenverwaltung nicht verpflichtet ist, zur Disposition gestellte Offiziere die Pension zu gewähren. 36

Frage, warum von dieser Befugnis kein Gebrauch gemacht ist? Gedacht sie es zu tun? Es kommt vor, daß pensionierte Gardeoffiziere in Zivildienstleistungen bis zu 120,000 Mark haben; da sollten sie doch nicht noch am Pensionsfonds zehren. Die Zivilverordnungen der Offiziere sollte geregelt werden.

General Ely von Hamm: Es ist natürlich, daß der Arbeiter die große Anzahl von Verabschiedungen, aufgespalten ist. Aber das wiederholt sich in jedem Frühjahr. Dafür sind in den anderen Jahrzehnten die Verabschiedungen um so geringer an Zahl. Was nun zunächst die Jurisprudenzstellung des Grafen Hobenan anlangt, so war dieser zur Beanspruchung der Pension zunächst auf Grund seiner langen Dienstzeit. Was den Fall Graf Lönar anlangt, so liegt das Ältest vor, das seine Dienstfähigkeit beigelehnte. Ich muß es aber ablehnen, die Ältesten vorzugehen, auf Grund ihrer der Verabschiedung leitens des Allerhöchsten Kriegsherrn erfolgt ist. Ob bei dieser Verabschiedung irgend jemand ein Verstoß trifft, darüber schwebt die Untersuchung. Es Majestät ist jedenfalls fest gewillt, alle Bestimmungen des Gesetzes einzuhalten.

Abg. Singer: Wir behalten uns angeht der Geschäftstage vor, auf die Fälle bei der dritten Sitzung näher einzugehen.

Abg. v. Siem (Kon.): Im Verhältnis zu der großen Anzahl von Offizieren sind die Verabschiedungen doch nicht so außerordentlich zahlreich. Redner empfiehlt dann noch die Resolution der Kommission.

Abg. Dr. Engel (F. V.): Es ist bedauerlich, daß durch das neue Mannschaftenpensionsgesetz die Zahl der Pensionen verringert worden ist.

Abg. Hamecher (Z. L.): Bittet die Lage der alten Pensionäre zu verbessern.

Abg. Dr. Wagner (F. V.): Man sollte doch nicht die einmaligen Pension geben, die im bürgerlichen Leben glänzenden Verdienst haben.

Abg. Graf Erlola (N.) befragt eine Nichtstellung der pensionierten Offiziere der Schützengarde mit denen des heimischen Heeres.

Abg. Erberhard (F. V.): Sie sind auf dem Holzwege, Herr Graf, Zentrum bleibt Zentrum! (Beifall.)

Die Resolution wird angenommen, der Etat des Pensionsfonds bewilligt.

Montag 11 Uhr: Fortsetzung. Schluß nach 8 1/2 Uhr.

Ausland.

Die neueste Bombenexplosion in Barcelona.
Auf dem Sankt Joelsmarkt in Barcelona in der Nähe des Boulevarda Kambia explodierte Sonntag mittig auf dem Stande einer alten Frau eine Bombe. Der Frau wurde das linke Bein fortgerissen. Auch mehrere andere Personen erlitten Verletzungen. Der Marktplay ist abgesperrt. Auf einem benachbarten Stande wurde ebenfalls ein verdächtiger Gegenstand gefunden.

Standstillen im kroatischen Landtag.
Die klagenden Differenzen zwischen Kroaten und Magyaren in der Entscheidung und in der Rahmenfrage haben zu der vorzeitigen Vertagung des kroatischen Landtages geführt. Bei der Vertagung der Vertagungssorder am Sonnabend entstand ein ungeheurer Tumult, der in kroatischen Senen auf der Straße seine Fortsetzung fand. Ein Telegramm gibt davon nachstehendes Bild: Als der Alterspräsident die königliche Hand schreiben vorken will, klopfen die Abgeordneten mit ihren Hutbeden. Abg. Tomacs ruft: „Der Brief des ungarischen Kanuburen soll zuerst gelesen werden!“ Abg. Radics (Bauernpartei) ruft, als er bemerkt, daß der Platz vor dem Landtagsgebäude von Gendarmen besetzt wird: „Lassen wir uns alle einzeln herausführen! Sie sollen mit ihrer Polizei runter kommen!“ Die Demonstration der Kroaten beginnt mit Blumens. Abg. Radics ruft hierauf mit den Abgeordneten der Starcevic-Partei die königliche Symme an. Inmitten dieses Hüllens wird Popovic das Kestript, vom dem nur das letzte Wort „zu vertagen“, das Popovic mit dem ganzen Aufwande seiner Stimmittel hervorhört, vernommen ist. Abg. Peric folgt mütend auf die Präsidenten-Strasse, in der Wärdigt, dem Schriftführer das königliche Kestript zu entscheiden. Der Schriftführer Popovic überläßt dieses (schon dem Landtagssekretär, der mit dem Kestript entteilt. Abg. Peric ereignet das vor dem Schriftführer liegende Stimmprotokoll und zerlegt es unter dem türkmischen Jubel vieler Parteigenossen. Die Galerie, die mit der größten Erregung den Vordängen im Situationsgefalt war, beginnt nunmehr ebenfalls einen Hüllensärm zu machen. Die Abgeordneten der Reaktion werden mit Blumen überschüttet. Etwas später tritt hierauf ein Vordrängen, was der Galerie Anlaß gibt, ihn mit Schimpfwörtern zu reagieren. Man ruft ihm zu: „Seien Sie doch kein Hanswurst!“ Hinzu kommen mit Ihnen! Durch die Überpergung des Banat-Palais waren Demonstrationen vor diesem unmöglich gemacht. Die Menge beschließt sich deshalb darauf, den Persönlichkeiten der Koalition und der Starcevic-Partei Ovationen zu bereiten oder sie zu beschimpfen. Insbesondere die Redakteure der Regierungspresse werden beim Verlassen des Landtagsgebäudes und auf der Straße mit den Schimpfwörtern „Söldlinge der Magyaren“, „Schweine“, „Ungarische Schweine“ usw. besetzt.

Die russische Flottenvorlage.
Die vierte Subkommission der Reichsbauha beantragt, die für das Jahr 1908 zum Bau von Zehntausend erbauten Kredit im Betrag von zwölf Millionen Rubel abzulesen, hingegen die Forderungen für den begonnenen Bau von Unterseebooten zu beschließen. Es soll eine radikale Reform des Marineministeriums gefordert werden, bevor ein neuwertiger Kredit zum Neubau der Flotte bewilligt wird. Die Ablehnung der Kredite erfolgte auf die Initiative der Mitglieder der Rechten, welche das kleine auf vier Jahre berechnete Flottenprogramm des Marineministeriums, das den Bau von vier Panzerschiffen vorzieht, als Mafkulatur beschlüssen.

Trotz dieser wichtigen Entscheidung ihrer Subkommission verläßt, daß die Landesverteidigungskommission die Kredite des Marineministeriums im vollen Umfang befähigen werde.

Bahnmassenerhebungen.
Großen Beträgen auf einer russischen Bahn ist man jetzt in Petersburg auf die Spur gekommen. Keber die eigentümlichen Apparaturen der Verwaltung dieser Bahn wird folgendes berichtet:

Die Moskau-Kelantbahn ist als Privatbahn durch Kronobligationen garantiert. Wie sie nun herausstellt, sind Kapitalisten überhaupt nicht vorhanden; der Bau und der Ankauf der Lokomotiven usw. geschah auf Kosten der Krone, die Einnahmen wurden zu Dividenden an die Aktionäre verwendet; sogar die Zinsen für die dem Staate schuldigen

Summen wurden durch neue Anleihen gedeckt, die beim Staate selbst aufgenommen wurden. Mehr als 500,000 Rubel schuldige Beamte sind bereits verhaftet. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Das mazedonische Reformprogramm.
Durch die den Mächten in der vorigen Woche zugestellte englische Note haben die Erörterungen über Mazedonien wieder einen neuen Ausgangspunkt erhalten. Das Reformprogramm Sir Edmund Grens umfaßt mehrere Punkte von teilweise recht erheblicher Tragweite, so hinsichtlich England die Einsetzung eines von den Mächten für eine bestimmte Dauer befristigen Generalgouverneurs, Vernehmung der Gendarmarie, der allein die Bandenerfolgung anzuvertrauen und die durch europäische Offiziere zu kommandieren wird; ferner sollten die Zivilagenten zu türkischen Beamten gemacht und Berater des Generalgouverneurs werden und endlich sollte das lebende Heer in Mazedonien reduziert werden. Die Großmächte sollen dafür die Integrität Mazedoniens garantieren. Die russische Diplomatie hat, wie bereits gemeldet, diesen englischen Vorschlägen prinzipiell zugestimmt, sich aber Ergänzungsbedingungen vorbehalten. Unter diesen befindet sich die Bedingung, daß der Generalgouverneur ein Christ sei.

Die Lage in Serbien.
Die Lage ist neuerdings wieder als ernst zu bezeichnen. Im Verlaufe der letzten Tage wurden 112 Personen verhaftet, die den revolutionären Parteien angehören. Ferner wurde die Teilnahme einer Reihe von Militärpersonen an der kürzlich aufgedeckten Verschwörung gegen das Leben des Kaisers festgesetzt. Prinz Salorad wurde, wohl im Zusammenhang mit dieser Verschwörung, wieder verhaftet und im Militärgefängnis untergebracht. Der Palast des Kaisers ist seit den letzten Tagen von starken Truppenmassen umgeben und der Herrscher hat seit dem Attentate auf ihn das Palais nicht mehr verlassen.

Zugung für Mulan Hafid.
Anders als die Meldungen des Generals d'Amade, der von Mulan Hafids Hof in Arabien berichtet, lauten die Nachrichten, die aus nördlichen Quellen über die Lage Hafids eingehen. Es heißt darin:

Hafid alle Rabalen um Rabat gingen zu Mulan Hafid über und landten ihm Stillzuführen. Der Weg für Mulan Hafid nach Fez ist jetzt frei. Abdu Wils läßt die Tore von Rabat streng bewachen, um einen weiteren Übergang seiner Beamten zu Mulan Hafid zu verhindern.

Die Beiliegung des „Tatu-Maru“-Zwischenfalles.
Wie aus Tokio nach Neuport gemeldet wird, herrscht dort infolge der Beiliegung des Zwischenfalls mit dem Dampfer „Tatu-Maru“ ein allgemeines Gefühl der Erleichterung, weil China alle japanischen Forderungen erfüllt hat. Während die japanische Flotte auf dem Dampfer wieder geleert wird, werden die chinesischen Kriegsschiffe Salat abgesetzt.

Kleine Tagesnachrichten.
Der australische Premierminister Deakin bezeichnet die Suprematie der britischen Kräfte als Vorbedingung der Sicherheit des australischen Bundesstaates.
Der schwedische Reichstag verwarf einen Antrag auf Aufhebung oder Herabsetzung des Zolls auf Getreide und Getreideprodukte.

23. Provinziallandtag der Provinz Sachsen.

(Von unserm Spezialkorrespondenten, a. Merseburg, 15. März.)

Die Berater unserer Provinz verlegten heute den Landtag einleitend in den Februar auf Mitte März, um sich der Frühlingsgitterung am Saalefest nach des Tages Wäthen zu erfreuen. Aber es war nichts mit der Freude. Es ist doch noch mal Winter gemobden und schneit schon seit vorgestern luffig vom Himmel herunter. Heute morgen, als der Fest Gottesdienst im Dom begann, war vollends das reine Winterwetter. Die kirchliche Feier stand unter dem Zeichen des ersten Gebenkens an den verstorbenen ersten Landeshaupmann von Wörlingerode, an den letzten Landeshaupmann Bartels und an den früheren Oberpräsidenten Erzengel von Bötticher sowie an den vor 20 Jahren erfolgten Tod unseres Kaisers Wilhelm I. „Durch Gottes Gnade bin ich, das ist hin!“ war der Text der zu Herzen gehenden Predigt des Superintendenten Prof. Wichmann.

Nach der Kirche fanden sich gegen 12 Uhr die Abgeordneten im Ständehaus ein und füllten den zwei Saal. Es sind die alten Bekannten wieder wie vor zwei Jahren, aber auch mancher „neue Mann“ ist darunter. Auf der Halleischen Bank, dem letzten Viertel der ersten Bankreihe gerade gegenüber dem Regierungssitz und dem Oberpräsidentensitz, auf dem heute Erzengel Hegel zum ersten Male Platz nehmen wird, sitzen die Abgeordneten von Halle, der neuernannte Oberbürgermeister Herr Dr. Rive, Bürgermeister v. Holln, Geh. Kommerzienrat Stedener, Reichstagsabgeordneter Schmidt. Im Stände des verstorbenen Geh. Regierungsrats Prof. Dr. Dittenberger ist Justizrat Höber in in den Landtag gewählt.

Kurz vor 14 Uhr trat der Oberpräsident den Saal und trat bei lebendem zapfendenden Beisammeln die folgende Eröffnungsspreche:

Hochgeehrte Herren!

Durch die Gnade und das Vertrauen Sr. Majestät des Kaisers und Königs zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen berufen, ist es mir eine Ehre und besondere Freude, gleich zu Beginn meiner Amtsführung den Provinziallandtag begrüßen zu können. Keine schönere und dankbarere Aufgabe konnte mir zuteil werden, als für das Wohl und das Gedeihen gerade dieser schönen Provinz sorgen und wirken zu dürfen, welcher fortan mein ganzes Denken und Willen gehören soll.

Die beiden Jahre, die seit Ihrer letzten Tagung verfloßen sind, haben für das Wirtschaftsleben der Provinz in allen seinen Zweigen eine gesunde und glückliche Entwicklung gezeigt.

Schwere Verluste aber hat der Tod in die Reihen derer gebracht, welche früher an ihrer Spitze waren.

Nur allem ist zu gedenken des Mannes, welcher vor zwei Jahren an dieser Stelle gestanden hat. Der Name des um Reich und Staat so hochverdienten Staatsministers v. Boetticher ist für immer mit der Provinz Sachsen aufs engste verknüpft und wird in ihrer Geschichte einen hellen Klang behalten. Keber sein ruhmvolles Wirken brauche ich Ihnen weiter nichts zu sagen; Sie sind selbst dessen

Zeugen gewesen. Sein Heimgang nach kurzer Zeit der Ruhe aber läßt lebhafteste Teilnahme gefunden.

Aber auch in Ihrer eigenen Verwaltung hat sich seine Ernste gehalten. Wie Ihr einziger Vater der Vorgesehene Landeshaupmann Graf von Wörlingerode im Hinblick auf dieser Zeitlichkeit abberufen worden ist, so ist Bartels dahingegangen, ein ausgezeichneter Mann, beilebenst eifriger Tätigkeit Ihrer kommunale Verwaltung wesentliche Erfolge zu danken hat.

An Ihnen ist es nun, das verantwortungsvolle und einflussreiche Amt des Landeshaupmanns neu zu bekleiden und ich vertraue, daß Ihre Wahl der Wohlthat Ihrer geliebten Heimatprovinz dienlich und förderlich ausfallen wird.

Die königliche Staatsregierung hat Ihnen Vorlagen von besonderer Wichtigkeit nicht zu machen. Um so größerer Aufmerksamkeit werden Sie Ihren kommunalen Angelegenheiten widmen können.

Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei immer der Haushaltsplan. Mit gemohnter Umsicht und Sarsamkeit aufgestellt, gewährt er ein erfreuliches Bild von der rezen Tätigkeit und der umsichtigen Wirksamkeit Ihrer Verwaltung. Die wachsenden Aufgaben fordern in dessen naturgemäß eine erhöhte Anspannung aller Kräfte. Daneben macht sich die Preissteigerung der Lebensbedürfnisse und die Erhöhung der Arbeitslöhne in dem Anmachenden der Unterhaltungsstellen für die in den Provinzialanstalten untergeordneten Personen geltend. Wenn es sich deshalb herigen Einnahmen in Einklang zu bringen, so steht doch zu hoffen, daß die notwendig gemordene Erhöhung der Provinzialabgaben einen betriebendenden Ausgleich finden wird im ungehörten Aufschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Provinz. Die Finanzwirtschaft des Provinzialverbandes ruht auf so geselliger und fester Grundlage, daß die geforderte an sich mögliche Steuererhöhung ohne Beschwerde wird aufgebracht werden können. Gleichen Sie die anben preussischen Provinzen in Vergleich, so werden Sie finden, daß die Provinz Sachsen selbst mit den vermehrten Ausgaben auch ferner noch zu den am niedrigsten belasteten gehören wird.

Wie Ihre Anstalten und kommunalen Einrichtungen eine fortgesetzte Erweiterung erfordern, so verlangt sich auch der Apparat Ihrer Verwaltung. Wichtige Beamtenstellen müssen neu errichtet werden.

Die Neuordnung, welche die Pensionsverhältnisse der unmittelbaren Staatsbeamten und die Verlegung ihrer Hinterbliebenen erfahren haben, gebietet es, auch den Beamten des Provinzialverbandes die gleichen Vergünstigungen zuteil werden zu lassen. Dem zu erwartenden Vorgehen des Reiches und des Staates entsprechend sind weiter in Anbetracht der Teuerungsverhältnisse für die Beamten des Provinzialverbandes auch Befoldungsänderungen vorzusehen.

Nicht unerwähnt soll die Verbesserung des Pensionswesens, einer unentfährlichen Grundlage wirtschaftlichen Lebens und Ihre Fürsorge in vermehrtem Umfang in Anspruch genommen werden.

Die leiber immer noch häubige Zunahme der vom Provinzialverbande unterzubringenden Geisteskranken macht es notwendig, auf die Beschaffung weiteren Unterkommens zur Verlegung dieser Kranken in dem Landesanstalt zu Verlohm Bedacht zu nehmen.

Bei der Landesheil- und Pflegeanstalt zu Nietleben ist ein Verwahrungshaus für geisteskranke Verbrecher vorzusehen. Es soll damit, wie schon in anderen Provinzen, der Allgemeinheit ein verklärter Schutz gegen die verfallenen Elemente gegeben, andererseits aber auch den Kranken selbst die Verhütung der Zersplitterung freiere Wohn geschaffen werden.

Der Betrieb der Hebammenanstalten hat sich zum Nutzen der Hebammenausbildung in den letzten Jahren bedeutend entfaltet. Es muß daher mit einer Erweiterung der kaum noch ausreichenden Räume gerednet werden.

Für den dringenden notwendigen Bau eines Provinzialmuseums empfehle ich Ihnen heftens das dankenswerte Anerbieten der Stadt Halle, die sich bereit erklärt hat, den erforderlichen Grund und Boden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Auf wohlwollende Prüfung und Beurteilung des Ihnen zur Provinziallandtagssitzung vorliegenden Projektes zur Reorganisation der Schwärmer Eifer hofft ein durch Wasserstoff viel und schwer heimgefluchter Teil unserer Provinz, dem dadurch Schutz und Hilfe gebracht werden soll.

Endlich wird Ihnen ein bedeutensamer Antrag der Landwirtschaftskammer zugehen, welche darlehensweise Mittel erbittet, um dem schmeren Notstand, unter dem die Landwirtschaft in dem Mangel an Arbeitskräften leidet, durch die Ausnutzung elektrischer Kräfte in etwas zu erleichtern. In Anbetracht der Dringlichkeit einer Maßnahme dieses immer verhängnisvoller werdenden Notstandes darf ich Ihnen diese Vorlage besonders ans Herz legen.

Meine hochgeehrten Herren! Möchten Ihre Beratungen und Einrichtungen der Provinz zu dauerndem Segen gereichen! Mit diesem Wunsch und in dieser Verlässlichkeit erkläre ich im Allerhöchsten Auftrag Sr. Majestät des Kaisers und Königs den XXIII. Landtag der Provinz Sachsen für eröffnet.

Den provisorischen Vorsitz übernahm wieder das Älteste, 1828 geborene Mitglied Major von Bussler, der den Landtag nunmehr mit einem befristet aufgenommenen Kaiserhof eröffnete. Die jüngsten Mitglieder, 1872 geboren, bekommen das Schriftführeramts zuteil und stellen die Protokollisten fest. Die Majorität ist amwesend, der Landtag also beschlußfähig. Zum Präsidenten wurde auf Vorstich des Herrn Oberbürgermeisters Schneider der frühere Präsident des Landtages Erzengel Graf von Wörlingerode zum ersten Beifall wiedergewählt, ebenso Oberbürgermeister Schneider als Vizepräsident.

Graf Wörlingerode dankte für die Wahl und sprach die Hoffnung aus, daß man mit seinem hohen Alter nochhat haben könne, daß der Schriftführeramt werden in den Provinziallandtag gewählt. Fritz Stolberg-Wörlingerode, v. Bülow, Dr. Schmidt.

In den Landtagssitzungen werden gewählt: Oberstein v. Moringen, Neubach, Scherl, Schmidt, Vogelt, Werner, v. Jagow, Wobben, v. Wilton.

Der Präsident beachtete lobend das verstorbenen Landeshaupmannes, dessen Ehren sich die Anwesenden von ihren Wägen erhoben. Auch den ersten Landeshaupmann Grafen von Wörlingerode ehrte man auf gleiche Weise, der 24 Jahre im Amte stand. Gestorben sind ferner: Dittenberger, Halle, Helland, Calld.

Für die Sitzung des 22. Provinziallandtages zur überbrenn Hoheit des Kaiserpaars, die Wilhelm

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080316018/fragment/page=0002

Wu g
alter
gehan
der 5
feiner

fisch
präft
birt

dem
wid
fid
Kreit
belast

ausfi

Eiein
getel
um ge
selbst
auf de
sar,
gand

mer
aus
den
stra
wabr
der e
fenne
lautet

zähl
rel
kom
S d
zu den
In
fell
de s
heben
Zeit
merk

falls

felli
neu
W
fre
in
die
entf

Se e
zulic
von
S
schiff

nach
Ber
die
Ger
ein

der
lan

fisch
ein
t
w
un
ent

De
G
G
m
n

